

Gewahrsam muss man sich leisten können - sofortige Rücknahme entsprechender Gebühren!



Stand: März 2023

1 **Forderung:**

2
3 Der Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, die
4 "Gewahrsamsgebühren" zurückzunehmen.

5 6 **Begründung:**

7
8 Zum 01.01.2023 trat die geänderte Fassung der Anlage 1 zur Gebührenordnung für
9 Maßnahmen auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SiOGebO) in Kraft.
10 Bei der Gelegenheit hat die Behörde für Inneres- und Sport jedoch nicht etwa
11 inflationsbedingte Gebührenerhöhungen vorgenommen, sondern die polizeiliche
12 Ingewahrsamnahme kostenpflichtig gemacht. Dies ist aus den nachstehenden Gründen
13 problematisch.

14
15 1. Gerade Personen, die wegen potentieller Selbstschädigungsgefahr in Gewahrsam
16 genommen werden, befinden sich häufig in psychischen Ausnahmesituationen. Sie
17 brauchen Hilfe, keine Kosten.

18
19 2. Es öffnet Machtmissbrauch und Willkür Tür und Tor. So steht es im Ermessen eines
20 Beamten, die Tür noch zwei Minuten länger geschlossen zu halten, bis die nächste volle
21 Stunde angebrochen ist. Natürlich ist nicht zu befürchten, dass dies von allen
22 Polizeibediensteten getan wird, jedoch ist es allein schon wegen der hohen Anzahl an
23 Polizist*innen in Hamburg nicht auszuschließen, dass einzelne von derlei Tricks Gebrauch
24 machen werden.

25
26 3. Begründet werden die Gebühren unter anderem damit, dass Ingewahrsamnahmen viel
27 Zeit und Personal rauben. Inwiefern sich dies ändert, wenn die Polizist*innen von nun an
28 penibel Buch über Kilometer, Zeit und anwesende Kolleg*innen führen müssen, bleibt
29 offen.

30
31 4. Die Gebührenzusammensetzung ist intransparent und kann auch in gleichgelagerten
32 Sachverhalten extrem abweichen. Findet die Ingewahrsamnahme beispielsweise durch eine
33 Zwei-Personen-Streife statt oder durch die größeren Polizeigruppierungen, die zum
34 Beispiel rund um den Kiez nachts anzutreffen sind? Macht in Summe einen Unterschied
35 von mehreren hundert Euro - auch wenn es in beiden Fällen nur zwei Beamte gebraucht
36 hätte. Findet die Ingewahrsamnahme direkt vor einer Polizeiwache statt oder in Landgebiet
37 nahe der niedersächsischen Grenze? Die Zusammensetzung mutet willkürlich an und
38 lässt Zweifel im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz aufkommen.

39
40 5. Ingewahrsamnahmen unterliegen keinem Richtervorbehalt, sondern werden ad hoc von
41 den eingesetzten Beamten entschieden. Eine Gebührenfestsetzung hat zur Folge, dass
42 auch bei beispielweise wegen der Nichtausschöpfung milderer Mittel unberechtigten
43 Ingewahrsamnahmen hohe Kosten auf die Betroffenen zukommen - es sei denn, sie
44 stellen sich einem Widerspruchsverfahren und ggf. einem gerichtlichen Prozess. Da der
45 Rechtsweg i.d.R. von sozioökonomisch Schwächergestellten seltener beschritten oder
46 sogar gefürchtet wird, verschärft diese Maßnahme das ohnehin an dieser Stelle
47 bestehende Ungleichgewicht in unserer Gesellschaft.

48

Gewahrsam muss man sich leisten können - sofortige Rücknahme entsprechender Gebühren!



Stand: März 2023

49 6. Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung fußt maßgeblich auf dem
50 verfassungrechtlich verbrieften Recht, sich jederzeit zu versammeln und seine Meinung
51 zum Ausdruck zu bringen. Jede - auch nur mittelbare - Einschränkung gehört argwöhnisch
52 auf den Prüfstand gestellt. Der Gewahrsamsgebühr kommt jedoch genau diese Wirkung
53 zu. Sie wird insbesondere sozioökonomisch Schwächergestellte von der Wahrnehmung
54 ihrer Grundrechte abhalten, da sie Gefahr laufen, mit nicht tragbaren Kosten überzogen zu
55 werden. Ein solch klassistischer Einschnitt in die Versammlungsfreiheit ist für uns
56 Jungsozialist:innen und Sozialdemokrat:innen nicht hinnehmbar.